

„Unsere Themen in die Wahlprogramme einspeisen“

Was der KAB-Landesvorstand für das Wahljahr 2023 plant

Frage: Am 8. Oktober 2023 wird in Bayern der Landtag neu gewählt. Was plant die KAB dazu?

Landesvorsitzender Peter Ziegler: Landtagswahlen sind für die KAB immer sehr wichtig, weil wir im Hinblick auf die Wahl die Gelegenheit nutzen, unsere Themen nach vorne zu tragen. Zum Beispiel, dass die regionale Krankenhausversorgung erhalten bleibt. Auch Themen wie die Energiewende sind hoch aktuell. Bisher ist in Bayern vieles nicht so umgesetzt worden, wie es möglich gewesen wäre, um die regenerativen Energien stärker nach vorne zu bringen – ich sage nur: 10 H-Regelung. Dass auch Themen wie der Sonntagsschutz oder das Tariftreugesetz in diesem Jahr eine Rolle spielen, ist klar.

Wie will sich die KAB künftig positionieren, wenn Traditionsarbeitsplätze in einer zunehmend digitalen Produktionswelt verloren gehen?

Peter Ziegler: Der Freistaat Bayern wird stark durch die Automobilindustrie geprägt. Wenn diese in Richtung E-Mobilität umgebaut wird, dann verschwinden eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen, weil die Herstellung von E-Motoren deutlich weniger Aufwand bedeutet. Hier muss man durch Weiterbildung frühzeitig Perspektiven ermöglichen.

Chancen und Gefährdungen

Landespräsident Franz Schollerer: Die Transformation der Arbeitswelt bietet Chancen und zugleich Gefährdungen. Deshalb ist hier auch der Staat gefordert, berufsbegleitender Bildung einen größeren Raum zu ermöglichen. Nur so kann diese Transformation wirklich begleitet und ermöglicht werden. Es ist eine Herausforderung, dass diese Transformation auf humane Weise gelingt.

Landesvorsitzende Regina Soremba-Böxkes: Durch Digitalisierung ist es einfacher, Arbeitsplätze zu schaffen. Das kann sowohl für Arbeitsgeber als auch für Arbeitnehmer Vorteile bieten. Es ist jedoch wichtig, sich auch über Gefährdungen klar zu werden. Ich denke hier etwa an die permanente Erreichbarkeit im Home-Office, so dass es zu einer Entgrenzung des Wohnraums und auch des Privatlebens kommen kann.

Die KAB Bayern strebt „Bildungszeit“ an, also dass Arbeitnehmer Zeit zur Weiterbildung während der Arbeitszeit bekommen müssen.

Franz Schollerer: Thüringen und Bayern sind die beiden letzten Bundesländer ohne gesetzlichen Anspruch auf Bildungszeit. Das muss sich endlich ändern.

Peter Ziegler: Auch in Bayern braucht es die Möglichkeit zur Bildungsfreistellung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist unverzichtbar, sich auf die neue Arbeitswelt einzustellen, aber auch auf die neue Gesellschaft. Wir wollen, dass der Arbeitnehmer selbst entscheiden darf, in welchem Bereich er sich fortbilden will. Es kann auch etwas sein, was ihm oder ihr fürs ehrenamtliche Engagement etwas bringt. Natürlich nutzt dieser Zuwachs an Kompetenzen auch dem Arbeitgeber.

Wird die KAB vor der Landtagswahl in Kontakt mit den Parteien treten?

Peter Ziegler: Ja, wir werden mit den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien Gespräche führen. Dabei gehen wir gezielt auf die Parteien zu, nicht auf die Fraktionen. Dadurch wollen wir bewirken, dass unsere Themen möglicherweise bereits in die Wahlprogramme Eingang finden. Wir wollen dort die Bildungszeit verankern, ein weiteres Thema ist das Tariftreuegesetz. Wir müssen es auch in Bayern schaffen, dass bei staatlichen und kommunalen Aufträgen die Rahmenbedingungen klar sind, die Arbeitnehmer nach Tarif bezahlt werden, die Menschenwürde gewahrt bleibt und nicht der billigste, sondern der günstigste zum Zug kommt.

Franz Schollerer: Nicht zu vergessen das Thema Sonntag: Er soll ein gemeinsamer geschützter Tag bleiben, auch für die Familie.

Lassen uns nicht vereinnahmen

Welche Partei geht denn erfahrungsgemäß am besten auf die Forderungen der KAB ein?

Regina Soremba-Böxkes: Das hängt von der jeweiligen Forderung ab. Beim Thema Sonntagsschutz finden wir natürlich bei der CSU am besten Gehör. Die Bildungszeit wird dagegen von manchen Kreisen der CSU offenbar als bedrohlich für die Wirtschaft angesehen. Hier sind wir eher mit den Grünen oder den Freien Wählern auf einer Linie.

Prinzipiell lässt sich die KAB aber nicht von einer Partei vereinnahmen, sondern es gibt immer themenorientierte Berührungspunkte oder Kooperationen.

Die KAB Bayern ist Mitglied im Landeskomitee der Katholiken in Bayern, der Dachorganisation des Laienapostolats. Ziehen die katholischen Verbände dort am selben Strang, was die sozialpolitischen Forderungen angeht? Oder gibt es manchmal auch Differenzen, etwa zwischen der KAB und dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU)?

Peter Ziegler: Interessanterweise ist das nicht so. Der BKU spricht auch von einer wertgebundenen Arbeitswelt. Es gibt vom Sachausschuss Arbeit-Wirtschaft-Gesellschaft des Landeskomitees ein Positionspapier zum Homeoffice, an dem unter anderem wir und der BKU mitgearbeitet haben. Es ist sehr ausgewogen und wir konnten es guten Gewissens ganz unterschreiben.

Diese Kooperationsform bewährt sich übrigens öfter. Die KAB war beispielsweise dazu eingeladen, sich bei der CSU in die Überarbeitung ihres Grundsatzprogramms einzubringen. Wir haben dann den Vorschlag gemacht, dass sich das Landeskomitee insgesamt dabei einbringt. Und das war ein harmonisches Arbeiten mit entsprechenden homogenen Vorschlägen. Ich weiß natürlich nicht, wie viele dieser Punkte dann im Grundsatzprogramm der CSU erscheinen werden. Aber es ist für mich eine Basis, wo wir im Hinblick auf die Landtagswahl gemeinsam auftreten können. Da haben wir ja schon einmal etwas gemeinsam gesammelt, was wir für das Land Bayern erwarten.

Vor der Landtagswahl stehen die Sozialwahlen an. Was plant die KAB dazu?

Peter Ziegler: Wir stellen gemeinsam mit Kolping und der Evangelischen Arbeitnehmerschaft als Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerverbände Listen auf. Über die ACA können wir Mandate bei der AOK Bayern im Verwaltungsrat besetzen, ebenso bei den drei regionalen Trägern der Deutschen Rentenversicherung (Bayern Süd, Bayern Nord und Schwaben). Bei der Sozialwahl ist es so, dass immer dann, wenn nicht mehr Kandidaten als Mandate zur Verfügung stehen, es eine so genannte „Friedenswahl“ gibt. Dann sind automatisch diejenigen gewählt, die aufgestellt worden sind. Das ist jetzt schon gesichert.

Sie sind auch gut vernetzt mit Gewerkschaften und anderen Sozialverbänden...

Peter Ziegler: Wir sind im Sozialen Netz Bayern verbunden. Da sind wir als vergleichsweise kleiner Verband engagiert dabei. Die Schwergewichte dort sind der DGB, die AWO oder der VdK. Aber unsere Stimme wird dort gerne gehört. Man hat uns ausdrücklich extra zur Mitarbeit aufgefordert. Genauso ist es bei der Allianz für den freien Sonntag. Auch hier gibt es eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und mit den evangelischen Arbeitnehmervertretern.

Wie stehen Sie zum Wahlrecht mit 16?

Franz Schollerer: Wir sind dazu in der Diskussion mit unserem Jugendverband, der CAJ. Meines Erachtens spricht im Blick auf die kommunale Ebene nichts dagegen, das Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, denn das befördert das Erlernen der Demokratie. Leider haben sich Impulse in Richtung Familienwahlrecht in der katholischen Verbandslandschaft nicht durchsetzen können. Das wäre wirklich zukunftsweisend gewesen.

Regina Soremba-Böxkes: Ich schließe mich den Ausführungen von Franz an, möchte jedoch noch ergänzen, dass die Jugendlichen natürlich auch entsprechend vorbereitet werden müssen. Die Möglichkeiten eines abgesenkten Wahlalters müssen daher in jedem Fall Eingang in die schulische wie außerschulische Bildung finden.

Amtskirche schöpft Kompetenzen der Verbände nicht ab

Berät die KAB Bayern eigentlich die Amtskirche? Sie haben ja ausgewiesene Fachleute in Ihren Reihen?

Franz Schollerer: Das stimmt. Es geht uns darum, soziales Gewissen zu sein. Dies bedeutet auch: Wie geht Kirche mit der Politik um? Mit der Sozialpolitik? Mit der Humanisierung der Arbeitswelt? Da gibt es viele Themen. Wir könnten gut einspeisen. Leider ist mein Eindruck: Bischöfe und Domkapitel interessieren sich nicht besonders für die Kompetenzen der katholischen Verbände.

Werden Sie womöglich als Verband wahrgenommen, der Geld aus Kirchensteuermitteln will?

Regina Soremba-Böxkes: Wir sind ein ehrenamtlich tätiger Verband mit zahlreichen kompetenten Mitgliedern. Die KAB bietet Bildung, Rechtsschutz und Beratung. Man kann nicht alles ehrenamtlich tun. Es braucht hauptamtliche und finanzielle Unterstützung, sonst hat man irgendwann keine Stimme mehr, die auch in der Öffentlichkeit gehört wird.

Gibt es Ideen, wie man Menschen zur projektbezogenen Mitarbeit gewinnen kann, die noch keine Mitglieder sind?

Peter Ziegler: Sie sprechen etwas Wichtiges an. Wir brauchen neben den traditionellen Ortsverbänden neue Gliederungsformen. Wir brauchen Ideen für Menschen, die sagen: Eure Positionen sind gut und ich möchte euch dabei unterstützen. Wie kann das gehen? Wir müssen uns dafür öffnen.

Wann und mit welchen Themen wollen Sie 2023 an die Öffentlichkeit gehen?

Peter Ziegler: Das entscheiden wir flexibel dann, wenn etwas anliegt. So sind wir zum Beispiel sofort tätig geworden, als die bayerische Sozialministerin Ulrike Scharf gesagt hat, dass man die

Arbeitszeiten in Bayern flexibilisieren, den Achtstunden-Tag abschaffen und nur noch die Obergrenze von 48 Stunden Arbeit pro Woche gelten sollte. Wir haben unmittelbar klargemacht: Das kann so nicht sein. Immer dann, wenn Arbeitnehmerrechte angegriffen werden, handeln wir. *Interview: rif*